

Inhalt

Juli 2006

Vorwort	2
Termine, Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	3
Hammer+Helbling-Schließung, Warum schweigt OB Fenrich?	4
11.000 Kinder mit der Deutschen Reichsbahn in den Tod	5
Kritik an OB-Kandidat Fenrich	5
Vorstandsnachwahlen, Adidas muss ausbilden	6
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Übersicht über Gemeinderatsarbeit, Erörterungstermin Kombilösung	7
• Bilder in städtischer Notunterkunft, Feinstaub-Problem	8
Aus der Landtagsfraktion:	
• Eingliederung des Naturschutzes in das Ministerium	9
• Naturschutz in der Kulturlandschaft von Mittelkürzungen bedroht	9
• Neuzuschnitte der Schulbezirke, Sitzenbleiben pädagogisch unsinnig	10
• LAG Frauenpolitik: Rassistische und sexistische Werbung in HörZu	11-12
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Brief von Sylvia	13
• Traurige Ökobilanz zum Umwelttag	14
• Föderalismusreform	15
Kontakte	16

Liebe Mitglieder,

der Fußball hat das Land fest im Griff und auch hartnäckige Fußball-Gegner haben es zunehmend schwerer, sich der Begeisterung zu entziehen, die das Großevent vor der eigenen Haustür auslöst. Stadtgeburtstag und endlich gutes Wetter tun ihr übriges, die Aufmerksamkeit vom nächsten politischen Ereignis abzulenken, das vor uns liegt: die OB-Wahl.



Nachdem die Infomaterialien fertig, die Give-aways bestellt und die Homepage online war, nahm ein normaler Wahlkampf seinen Gang. Bis wir in einer Sitzung beschlossen, noch mal Pepp in die Sache zu bringen – als Summe all unserer Ideen entstanden acht so genannte „Störer“. Das sind kurze prägnante Aussagen, die wir in Form von Internetadressen verpackt und auf Klaus' Plakate geklebt haben. Auf den dort erreichbaren Seiten erklären wir knapp und anschaulich, was Grüne Kommunalpolitik ausmacht: www.kindgerechtes-karlsruhe.de und www.karlsruhe-fuer-alle-generationen.de beschreiben Karlsruhe als Wohlfühlstadt für Kinder, Eltern und Senioren. www.feinstaub-ernst-nehmen.de und www.natur-statt-nordtangente.de behandeln zwei wichtige grüne Themen im Bereich Umwelt und Verkehr. www.mittelstandsfoerderung-statt-messefiasco.de und www.regionale-zusammenarbeit-statt-kirchturmdenken.de beschreiben die Prioritäten regionaler Grüner Politik, die nicht auf teure Großprojekte setzt und dafür eine stärkere regionale Vernetzung anstrebt – zusammengefasst wird das Programm noch einmal unter www.gruenes-karlsruhe.de. Und einen direkten Angriff an Fenrichs Adresse konnten wir uns natürlich nicht verkneifen; unter www.wo-ist-fenrich.de wird der Wahlkampf unseres derzeitigen OB kritisiert, der es nur selten für nötig erachtet, auf Podiumsdiskussionen zu erscheinen und sich den Fragen der BürgerInnen zu stellen.

Als weiteres Highlight des OB-Wahlkampfes gab es am 16.6. eine Veranstaltung mit dem Grünen OB in Freiburg, Dieter Salomon. Er machte deutlich, dass Grün in der Rathauspitze keineswegs – wie gern von Gegnern gewettert wird – ein Abwandern der Wirtschaft zur Folge hat, sondern dass im Gegenteil eine nachhaltige Politik einer Stadt zu Erfolg und Dynamik verhelfen kann.

Jetzt ist es übrigens „amtlich“: Michael Borner und Alexander Mehrbreier sind nicht mehr im Kreisvorstand, da beide als Folge der Landtagswahl neue Aufgaben – im Gemeinderat und als Giselas Mitarbeiter – übernommen haben. An ihrer Stelle dürfen wir Thomas Krause als Kreiskassierer und Michael Gast in unserer Runde begrüßen, mit denen wir zwei engagierte Nachfolger gefunden haben. Für die geleistete Arbeit und das starke Engagement danken wir Michael und Alexander an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich!!

Anke Weidlich

Und hier noch mal in Sachen OB-Wahl ein dringender Aufruf:

Liebe Freundinnen und Freunde,

Fußball-WM, Sommerwetter und ein allzu selbstsicherer Amtsinhaber könnten für eine sehr niedrige Wahlbeteiligung sorgen. Davon können wir profitieren, aber nur, wenn wir unsere WählerInnen aktivieren. Jede Stimme für Klaus Stapf ist eine Stimme für Grüne Politik und eine Stimme gegen Fenrichs Politik. Minimalziel muss der zweite Wahlgang sein, sonst wird Fenrich sagen: Ich habe alles richtig gemacht. Deshalb alle Grünen WählerInnen zum Wählen schicken! Wer nicht wählt, wählt Fenrich!

OB-Wahl am 2. JuliOB-Wahl am 2. Juli**OB-Wahl am 2. Juli** OB-Wahl am 2. Juli
Klaus Stapf wählen gehen und alle mitnehmen**

Herausgeber Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Redaktion Johannes Honné
Druck Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
Auflage 260 Exemplare

*Gedruckt auf Umweltpapier
Titelbild by Tanja Saini*

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7 um 20 Uhr

Die Juli - MV ist am Mittwoch, 12.07.

1. mittelfristige Finanzplanung
2. Finanz-Antrag auf einen neuen Computer für das Büro
3. Wahl von Delegierten für den Landesfinanzrat
4. Wahl von Delegierten für den Grünen Zukunftskongress vom 1.- 3.09.2006 in Berlin
- 5. Satzungsänderung** (vom letzten Monat hierhin vertagt)
6. Allg. politische Debatte

Im August gibt es keine MV !

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 14.06.2006

Leitung: Alexander Mehrbreier

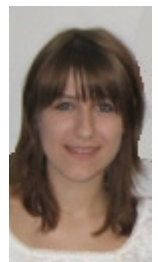
Protokoll: Tanja Saini

Der Vorstand gratuliert....

Die Grüne Jugend BaWü hat auf ihrer letzten Landesmitgliederversammlung in Mannheim u.a. einem neuen Vorstand gewählt.

Neu im Vorstand ist nun auch die Sprecherin der Grünen Jugend Karlsruhe: Anna-Katharina Wesolowski. Wir gratulieren Anna zu ihrer Wahl und wünschen ihr viel

Glück und Erfolg. Bereits im Vorstand ist Christian Brugger als Landesschatzmeister vertreten.



Pressemitteilung vom 21.05.2006

Hammer+Helbling-Schließung Folge mangelhaften Einzelhandelskonzepts

Stapf kritisiert Fenrichs Wirtschaftspolitik

Die Schließung von Hammer& Helbling ist leider nur ein weiteres Kapitel in der Reihe dichtgemachter Karlsruher Einzelhändler besonders in der Innenstadt, so OB-Kandidat Klaus Stapf, dabei muss auch die Verwaltung mit-samt ihrer Spitze um OB Fenrich kritisiert werden.

Die Problematik ist lange bekannt, gerade der Geschäftsführer und Inhaber von Hammer& Helbling habe immer wieder deutlich darauf hingewiesen. Die mit dem ECE-Bau verbundenen Investitionen im Innenstadtbereich von über 4 Mio Euro kommen offenbar zu spät und sind zu wenig Ziel gerichtet auf den Bestand von kleinen Einzelhändlern in der Innenstadt.

Offensichtlich sei zudem, dass die Genehmigung von großen

Einzelhandelszentren in der Innenstadt und den Stadtteilen zu einem Überangebot führe, während das Realeinkommen vieler Bürgerinnen und Bürger sinken würde.

Zudem drohe der Innenstadt das Damoklesschwert der die gesamte Innenstadt treffenden 10-jährigen UStrab-Baustelle. Die Versprechen OB Fenrichs, einen Ausgleich für ‚sein‘ Projekt UStrab für die Innenstadthändler zu schaffen, sei bisher völlig vage und nach Meinung von Klaus Stapf aus rechtlichen Gründen kaum realisierbar.

Gerade mit der Schließung von Familienunternehmen erleidet Karlsruhe auch einen herben Verlust an gesellschaftlichem Engagement durch Vertreter solcher Betriebe, so Klaus Stapf weiter, parteiübergreifend betrachtet zeige gerade das Bei-

spiel Detlef Wilers und sein Engagement für Karlsruhe in Gemeinderat und IHK eine Identifikation mit und Verantwortung für Karlsruhe, die verloren zu gehen drohen.

Unter der Schließung von kleinen inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften leiden übrigens nicht nur die Belegschaften und Eigner, sondern auch die einkaufenden Karlsruherinnen und Karlsruher Nachteile, so Stapf abschließend. Gerade die kleinen Händler böten ein breites Warenangebot auch mit Nischenprodukten, während bei den üblicherweise nachfolgenden Filialen von Einkaufsketten oder Centern ausschließlich zwischen den einzelnen Läden austauschbare Massenware angeboten werde, was das Angebotsspektrum in Karlsruhe insgesamt deutlich schmälern würde.

Pressemitteilung vom 24.05.2006

Warum schweigt OB Fenrich?

Mit der (eingeschränkten) Passagierflugerlaubnis für den Black Forest Airport in Lahr hat Ministerpräsident Oettinger dem Baden-Airpark einen Bärendienst erwiesen, so OB-Kandidat Klaus Stapf, und nebenbei den amtierenden Karlsruher Oberbürgermeister Fenrich in arge Verlegenheit gebracht. Zum einen zeige die jüngste Dissonanz erneut, dass es Karlsruhe in Stuttgart nichts nutzt, einen CDU-Oberbürgermeister zu haben, zum andern hatte OB Fenrich trotz des Ausstiegs aus der Baden-Airpark - Beteiligungsgesellschaft und damit die Einstellung der 1,3 Mio Euro jährlichen Zuschusses der Stadt an den Baden-Airpark angekündigt – übrigens vom Gemeinderat Karlsruhe am 24. Ja-

nuar dieses Jahr einstimmig unterstützt.

"Ich habe die Beteiligung der Stadt am Baden-Airpark von vornherein abgelehnt und auch 2005 noch einmal versucht, die städtischen Mittel zu verringern", erklärt Klaus Stapf, allerdings nicht aus Trotz, sondern aus verantwortungsvollem Umgang mit Steuergeldern wie gegenüber unserer Umwelt und aus wirtschaftlicher Vernunft. Der jetzt von OB Fenrich beklagte Kannibalismus und ruinöse Wettbewerb findet schon lange statt. Deutschland hat ein Überangebot an Regionalflughäfen, das derzeit noch mit Hilfe von Steuergeldern finanziert wird. Dass von Zeit zu Zeit ein neuer Hai im Becken erscheint, darf nieman-

den wirklich verwundern. Der Flughafen in Lahr ist unnötig wie ein Kropf, aber auch der Baden-Airpark ist angesichts der Nähe der Flughäfen Frankfurt, Stuttgart und Straßburg entbehrlich. Bessere Zugverbindungen von Karlsruhe zu den Luftfahrtplätzen in Stuttgart und Straßburg wären infrastrukturell sinnvoller und finanziell günstiger gewesen.

Oberbürgermeister Fenrich hat mit der Ausstiegsankündigung eine Drohkulisse aufgebaut und steht jetzt vor dem Problem, entweder unglaubwürdig zu werden oder sich gegen ‚sein‘ Projekt Baden-Airpark mit vielen Millionen Karlsruher Unterstützungsgelder wenden zu müssen – hier sollte ihm nicht der Mantel des Schweigens gestattet werden.

Pressemitteilung vom 28.05.2006

11.000 Kinder mit der Deutschen Reichsbahn in den Tod

Zur Aktion der Initiative "11.000 Kinder" am 26. Mai im Karlsruher Hauptbahnhof erklärt Michael Borner, Vorstandsmitglied der Karlsruher Grünen:

Die Karlsruher Grünen unterstützen ausdrücklich die breit getragene Initiative, die sich für ein Gedenken an die Todeszüge französischer und deutscher Kinder zwischen 1942 und 1944 in die nationalsozialistischen Vernichtungslager einsetzt. Etwa 11.000 verschleppte Kinder, darunter 91 Mädchen und Jungen aus Karlsruhe, pas-

sierten deutsche Gleisanlagen bevor sie einem grausamen Tod ausgeliefert wurden.

Die Weigerung der Deutschen Bahn AG als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Reichsbahn historische Mitverantwortung zu übernehmen und eine öffentlich wahrnehmbare Darstellung des Schicksals der Kinder in deutschen Bahnhöfen zu ermöglichen, stößt bei den Karlsruher Grünen auf völliges Unverständnis. Die Begründung Bahnhöfe seien keine Ausstellungsorte und der zusätzliche

Publikumsverkehr sei kundenunfreundlich sowie ein Sicherheitsrisiko ist nicht nachvollziehbar.

Das Gedenken an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gehört nicht nur in Geschichtsbücher oder Museen, sondern muss auch an den historischen Orten stattfinden. Die Karlsruher Grünen appellieren an die DB AG ihren Widerstand gegen das öffentliche Gedenken in Bahnhöfen aufzugeben und das Ansinnen der Initiative "11.000 Kinder" zu unterstützen.

Pressemitteilung vom 14.06.2006

Verlässlich? Menschlich? Stark?

Am 2. Juli 2006 wird ein(e) neue(r) Oberbürgermeister(in) gewählt - und unser Amtsinhaber Heinz Fenrich lässt sich im Wahlkampf kaum blicken! Viele Podiumsdiskussionen haben bereits ohne ihn stattgefunden, andere wurden gleich ganz abgesagt, weil Herr Fenrich eine Teilnahme abgelehnt hat. Auf den Veranstaltungen, die vor der Wahl noch stattfinden, wird Fenrich ebenfalls rar sein. Einzig zur öffentlichen Kandidatenvorstellung der Stadt und zu einer Podiumsdiskussion der BNN war Heinz Fenrich bereit, seine Teilnahme anzukündigen. Hier eine Liste der Podiumsdiskussionen, die ohne Fenrich stattfanden oder stattfinden werden (siehe auch www.klaus-stapf.de/termine.html)

Die Veranstaltungen, die aufgrund seiner Abwesenheits-Strategie gar nicht erst stattfinden, sind hier noch nicht aufgezählt: - Podiumsdiskussion des Bürgervereins Knielingen zur OB-Wahl - "Kommunale Integrationspolitik",

Veranstaltung des IBZ zur OB-Wahl - Podiumsdiskussion der Architektenkammer zur OB-Wahl - Öffentliche Diskussion zur Siedlungspolitik im Rahmen der OB-Wahl - Forum der Bürgerinitiative Hub zur OB-Wahl Fenrichs Verhalten im OB-Wahlkampf kritisieren wir scharf!! Wir finden, dass es in Karlsruhe viele wichtige Themen gibt, die auf der Agenda stehen, und dass sich ein Oberbürgermeister(-kandidat) zu diesen Themen öffentlich äußern muss. Fenrich scheint jedoch wenig Interesse an der Auseinandersetzung mit den anderen KandidatInnen zu haben, und auch den Fragen der Öffentlichkeit weicht er im Wahlkampf aus. So erfährt man wenige Gründe, warum Fenrich wiedergewählt werden sollte. Das finden wir weder verlässlich, noch menschlich, noch stark, wie sich Fenrich auf seinen Wahlplakaten gern darstellt!

Von einem **verlässlichen OB** erwarten wir, dass er den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort steht, wenn es darauf ankommt. Der Wahlkampf ist dazu die beste Gelegenheit. Von einem **menschlichen OB** erwarten wir, dass er die Nähe zur Bevölkerung sucht und eine Diskussion um die Themen unserer Stadt nicht scheut. Von einem **starken OB** erwarten wir, dass er für eine Wiederwahl kämpft, anstatt sich auf sicher geglaubten Mehrheitsverhältnissen auszuruhen. All diese Eigenschaften vermissen wir bei Heinz Fenrich, besonders jetzt im Wahlkampf. Wir möchten ihm hierfür die Quittung ausstellen. Wir fordern einen aktiven, bürgernahen Wahlkampf. Und wir fordern ein ausgewogenes Programm für Karlsruhe, das mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht. Wir unterstützen **Klaus Stapf** bei seiner Kandidatur zum Oberbürgermeister von Karlsruhe.

Anke Weidlich

Pressemitteilung vom 15.06.2006

Vorstandsnachwahlen auf der Kreismitgliederversammlung der GRÜNEN

Auf der gestrigen Kreismitgliederversammlung haben die GRÜNEN Karlsruhe zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Die Wahl war notwendig, weil das langjährige Vorstandsmitglied Michael Borner nach Gisela Spletts Einzug in den Landtag für sie in den Gemeinderat nachrückt und Kreiskassierer Alexander Mehrbreier als ihr Mitarbeiter mit nach Stuttgart geht. Laut Kreissatzung dürfen beide dann nicht mehr dem Vorstand angehören. Damit soll zum einen eine Ämterhäufung, zum weiteren eine Interessenskonkollision zwischen den verschiedenen Aufgaben verhindert werden. „Es tut uns weh, so wichtige und aktive Vorstandsmitglieder zu verlieren. Trotzdem wollen wir unbedingt an dieser Regelung der Satzung festhalten.“ erklärte Vorstandsmitglied Christian Brugger. „Aus Erfahrung wissen wir, wie wichtig sie ist“. Die Bestimmung stammt aus den Anfängen der GRÜNEN und wird auf allen Parteiebenen immer wieder unter dem Stichwort „Trennung von Amt und Mandat“ diskutiert.

Michael Borner, der 4 ½ Jahre dem Vorstand angehörte und

dort für Kinder, Jugend und Gesundheit zuständig war, hat mit seiner unermüdlichen Arbeit den GRÜNEN Karlsruhe viel Glück gebracht. Während seiner Amtszeit haben sie bei den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen jeweils zweistellig zugelegt und zuletzt sogar wieder 2 Landtagsmandate errungen. Auch Alexander Mehrbreier kann auf eine kurze aber arbeitsreiche Amtszeit zurückblicken: immerhin 3 Wahlkämpfe hat er aktiv mitgestaltet, zwei davon im Vorstand. Beide haben versprochen, dem Vorstand weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, was von den verbleibenden Vorstandsmitgliedern mit Erleichterung zur Kenntnis genommen wurde. Sabine Just-Höpfinger vom verbleibenden Vorstand dankte den beiden für ihre hervorragende Arbeit und wünschte ihnen viel Glück und Erfolg für ihre neuen Aufgaben.

Einstimmig gewählt als Kassierer wurden Thomas Krause, seit drei

Jahren bei den GRÜNEN und schon lange aktiv, vor allem in Wahlkämpfen. Ihn interessieren insbesondere die Umweltpolitik und Probleme der Nachhaltigkeit.

Gegen zwei Mitbewerber erfolgreich war Michael Gast, seit 4 Jahren bei den GRÜNEN und ebenfalls bereits aktiv. Seine Interessenschwerpunkte sind Bürgerrechtspolitik, Verkehrspolitik und Biolandwirtschaft. „Ich finde, es reicht nicht, nach seinen Überzeugungen zu leben, man muss auch aktiv dafür kämpfen“ begründete er seine Kandidatur. Dafür wird er im Vorstand sicher reichlich Gelegenheit haben.



Thomas Krause (links) und Michael Gast (rechts)

Adidas muss ausbilden

Der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Ausbildungskampagne gestartet. Hintergrund ist eine Erhebung unter den Dax-30-Unternehmen, die zu dem Ergebnis führte, dass deren Ausbildungsquote (Anzahl der Auszubildenden im Vergleich zur Zahl der Vollzeitstellen) zum überwiegenden Teil deutlich unter sieben Prozent liegt. Eine durchschnittli-

che Quote von sieben Prozent



wäre nötig, um auch die rund 50.000 fehlenden Ausbildungsplätze zu ermöglichen. adidas,

einer der Hauptsponsoren der Fußball-Weltmeisterschaft, hat lediglich eine Ausbildungsquote von zwei Prozent.

Mit einer E-Card möchte der Bundesverband auf dieses Thema aufmerksam machen und auffordern, die Ausbildungskampagne zu unterstützen:

www.adidas-muss-ausbilden.de

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion**Neue Anträge und Anfragen**[03.05. Planungskosten 2. Rheinbrücke](#)[23.05. Änderungsantrag zum Zookonzept](#)[10.05. Weihnachtsgeld für Heimbewohner](#)[23.05. Jugendtreff Grötzingen](#)[16.05. Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätesgesetzes](#)[23.05. Erweiterte Nutzung der Schilder an der Südtangente](#)

Pressemitteilungen gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen

[08.05. Feinstaubproblematik in Karlsruhe sträflich vernachlässigt](#)[15.05. Fahrradabstellplätze am Ettlinger Tor](#)[09.06. GRÜNE begrüßen City-Route Nord](#)

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter

<http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/index.htm>

zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

Erörterungstermin Kombilösung

Am 16. und 17. Mai fand im Gemeindesaal St. Stephan der Erörterungstermin zum Verkehrsprojekt Kombi-Lösung statt.

Die Erörterung, in deren Vorfeld 130 Einwendungsschreiben bei der Stadt eingegangen waren, dauerte zwei volle Tage, was es insbesondere für Berufstätige ausgesprochen schwierig machte, dem Termin in ganzer Länge beizuwohnen. Von der GRÜNEN Fraktion waren Tim Wirth und ich zumindest zeitweise anwesend.

Geleitet wurde die Erörterung von Herrn Volkmer vom Zentralen Juristischen Dienst der Stadt Karlsruhe (die Stadt selbst ist Anhörungsbehörde; Planfeststellungsbehörde ist aber das Regierungspräsidium Karlsruhe), der sich selbst das Ziel einer neutralen Sitzungsleitung setzte, dies aber nach meinem Eindruck streckenweise deutlich verfehlte Vorgebrachte Einwendungen wurden von ihm häufig relativiert, Argumente der Planerseite wurden dagegen hervorgehoben und verstärkt.

Das Ergebnis des Erörterungstermins ist schwer zu beschrei-

ben. Über weite Strecken wurden alte Argumente beider Seiten ausgetauscht, z.B. zur Notwendigkeit der U-Strab, zu erwartenden Problemen beim Bau, zu den Folgen für den Einzelhandel, zu Kosten u.ä.. Debattiert wurde u.a. auch über Fragen des Brandschutzes, über Aspekte des Grundwasserschutzes und der Luftreinhaltung. Und natürlich spielten auch die Einwände der direkt betroffenen Grundstückseigentümer eine wichtige Rolle.

Für mich am interessantesten war die Debatte darüber, ob wir mit der Kombilösung am Ende tatsächlich eine schienenfreie Fußgängerzone haben werden, oder ob das Ganze sich als große Mogelpackung erweist: Während bei der Frage der Notwendigkeit und der Alternativen-erörterung die „Flaniermeile“ in der Kaiserstraße als das Oberziel dargestellt wurde, dem alles andere unterzuordnen sei, fehlten klare Aussagen, wann denn nun mit der Einstellung des oberirdischen Straßenbahnverkehrs zu rechnen sei.

Klar ist, dass man den U-Strab-Tunnel zuerst bauen will. Wenn aber der Tunnel fertig ist und die Trasse in der Kriegsstraße (noch) nicht existiert, muss in der Kaiserstraße ober- und unterirdisch gleichzeitig gefahren werden. Dies wurde jedenfalls nicht ausgeschlossen und auch nicht zeitlich eingegrenzt. Das heißt, man hätte dann auf nicht absehbare Zeit genau den Zustand, den die KarlsruherInnen mit dem Bürgerentscheid 1996 abgelehnt haben!

Auch die Aussagen zur vorgesehenen Bauzeit waren wenig präzise. Frühester Baubeginn wäre 2008 (falls denn die benötigten Zuschüsse kämen) und ab dann würde es wohl mindestens 11 oder 12 Jahren dauern, bis die Straßenbahnen in unserer „Flaniermeile“ verschwinden könnten. So jedenfalls sind mir Aussagen in Erinnerung geblieben.

Genauer nachzulesen wird das umfangreiche Protokoll erst in einigen Monaten sein.

Gisela Splett

Bunte Bilder zum Mutmachen

Eine Kunstaktion der ganz besonderen Art kann zur Zeit (montags und freitags von 9.30 bis 13 Uhr und mittwochs von 10.30 bis 13.30 Uhr) in der städtischen Notunterkunft für wohnungslose Frauen in der Scheffelstr. 37 besichtigt werden. Frauen aus dem Sozpädal-Tagestreff und Bewohnerinnen aus der Unterkunft haben diese Bilder in einem dreitägigen Projekt unter Anleitung der Karlsruher Künstlerin Barbara Jäger gemalt.

Die Idee zu dieser Aktion kam mir in einem ganz anderen Zusammenhang: Bei einem Besuch der Unterkunft fielen mir die schönen weiträumigen, aber etwas verwahrlosten und kahlen Wände des

Altbauflores auf. Mein erster Gedanke war, da Bilder aufzuhängen, mein zweiter, dies mit einem Projekt zu verbinden. Die bekannte Karlsruher Künstlerin Barbara Jäger konnte ich von meiner Idee überzeugen und zum Mitmachen begeistern, ebenso die Mitarbeiterinnen von Sozpädal (die kleinste Karlsruher Sozialeinrichtung) und die Stadt mit Bürgermeister Denecken, die auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellte.

Nun konnte es losgehen. Die drei Mal-Nachmittage fanden in kreativer, ruhiger und entspannter Atmosphäre statt. Die Frauen, die teilweise noch nie zum Pinsel ge-griffen hatten, trauten sich ans lee-

re Papier und schufen mit Pinseln, Schwämmchen und Fingern ihre farbigen oder auch monochromen Kreationen. Manche wollten gar nicht mehr aufhören.

Die Ergebnisse haben alle sehr beeindruckt; gerahmt und sorgfältig aufgehängt wirken die Bilder umwerfend. Bei der Ausstellungseröffnung konnte man auch die Künstlerinnen erleben, die sich manchmal etwas schüchtern, aber doch sichtlich stolz auf ihre Mal-ergebnisse zeigten. Alles in allem eine sehr schöne und mutmachende Aktion dank aller Beteiligten.

Doro Polle-Holl

Pressemitteilung vom 08.05.2006

Stapf wirft Verwaltungsspitze Verharmlosung auf Kosten der Gesundheit vor Bevorstehende Grenzwertüberschreitungen zwingen zum Handeln

Die landesweiten Feinstaubmessungen haben in Karlsruhe im Bereich der Kriegsstraße bereits 34 Überschreitungen des EU-Grenzwertes ergeben. Im Bereich der Reinhold-Frank-Straße wurden dieses Jahr bereits 31 Überschreitungstage festgestellt. Erlaubt sind Überschreitungen an maximal 35 Tagen im Jahr. Angesichts der bevorstehenden Nichteinhaltung des Grenzwertes muss nun laut Regierungspräsidium ein Aktionsplan mit Sofortmaßnahmen zur Einhaltung des Feinstaubgrenzwertes für Karlsruhe erstellt werden.

„Dass wir auch in Karlsruhe ein Problem mit der Einhaltung der Feinstaub-Grenzwerte haben, liegt schon seit Jahren auf der Hand“ kritisieren Klaus Stapf und Bettina Lisbach von der Grünen Gemeinderatsfraktion in einer Pressemitteilung die Verantwortlichen in Land und Kommune. „Wir haben auch immer wieder angemahnt, sich im Rahmen des kürzlich aufgelegten Luftreinhalteplans ernsthaft dieses Themas anzunehmen“, so Stadträtin Bettina Lisbach. „Aber unsere Einwände wurden einfach ignoriert. Der Plan ist vor allem darauf ausgelegt, die ab

2010 gültigen Werte für Stickoxide in den Griff zu bekommen. Viele Maßnahmen greifen daher erst in einigen Jahren oder werden sogar erst 2010 umgesetzt. „Auf unser Drängen hin wurde uns immer nur entgegnet, dass wir in Karlsruhe kein Feinstaubproblem haben und dass die Situation in anderen deutschen Städten wie z.B. Stuttgart noch viel schlimmer sei.“

„Ein schwacher Trost für Karlsruherinnen und Karlsruher“, findet Stapf. „Vor allem für die Menschen, die in hoch belasteten Innenstadtgebieten wie z.B. an der Kriegsstraße oder der Rheinhold-Frank-Straße wohnen, ist jeder Tag, an dem sie einem verstärkten gesundheitlichen Risiko durch kanzerogene Stäube ausgesetzt sind, ein Tag zu viel. Und wir haben in Karlsruhe nachweislich eine enorme Häufung an Atemwegserkrankungen. Zu hohe Luftschadstoffe sind kein Kavaliersdelikt. Die Ignoranz der Rathauspitze zeigt mangelndes Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesundheit der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger, nur um sich vor dringend notwendigen Maßnahmen beim Straßenverkehr zu drücken.“

Nach Ansicht der Grünen könnte Karlsruhe auf die jetzt eingetretene Situation längst vorbereitet sein. Denn bereits 2003 waren die maximal 35 erlaubten Überschreitungstage in Karlsruhe voll ausgeschöpft. Die Feinstaubbelastung ist stark wetterabhängig. So treten die Überschreitungen des Grenzwertes häufig an Tagen mit austauscharmen Inversionswetterlagen auf, wie sie in diesem Jahr besonders häufig waren. Wegen dieser ungleichmäßigen Verteilung von Grenzwertüberschreitungen über die Jahre, muss die Belastung mit Feinstaub so weit reduziert werden, dass auch an Tagen mit Belastungsspitzen ein ausreichender Sicherheitsabstand zum Grenzwert eingehalten werden kann.

„Der Luftreinhalteplan hätte deshalb unbedingt Sofortmaßnahmen zur deutlichen Reduktion der Feinstaubbelastung beinhalten müssen. Wir haben da Jahre verloren!“ so das Fazit der Grünen.

Weitere Infos unter:

www.lubw.baden-wuerttemberg.de
- ‚Luft‘ - ‚Aktuelle Immissionsdaten‘
- ‚Spotmessungen Baden-Württemberg‘ – ‚Aktuelle Zahlen 2006‘

Aus der Landtagsfraktion aktuelle Pressemitteilungen unserer beiden Abgeordneten:



Gisela Splett

Eingliederung des Naturschutzes in die Forstabteilung des Ministeriums stößt auf Kritik – 18.5.06

Nach Ansicht der naturschutzpolitischen Sprecherin der grünen Landtagsfraktion Gisela Splett ist durch die angekündigte Zusammenlegung der Abteilungen Naturschutz und Forstwirtschaft im Ministerium für den Ländlichen Raum eine weitere Schwächung des Naturschutzes zu befürchten. *"Nach den 'schönen Worten'*

des Koalitionsvertrags zum Naturschutz sprechen die ersten Taten der neuen Regierung nun eine andere Sprache", kritisierte Splett.

Durch die Zusammenlegung von Naturschutz und Forstwirtschaft sei damit zu rechnen, dass bei Konflikten zwischen forstwirtschaftlichen Ansprüchen und Naturschutz der Erhalt von Lebensräumen und Arten im Wald zukünftig den Kürzeren ziehe. Die Grünen kündigen an, die Entwicklung in diesem Bereich kritisch zu beobachten. Dies sei auch deshalb notwendig, weil ein

Naturschutzkonzept im Wald fehle und die Forstwirtschaft zunehmend an wirtschaftlichen Zielen ausgerichtet werde.

Die Tatsache, dass der bisherige Leiter der Abteilung "Landesforstverwaltung" der gemeinsamen Abteilung vorstehen soll, könne als Signal verstanden werden, dass der Naturschutz dem Forst untergeordnet werde. Die Grünen fordern, dass der bisherige "Landesforstpräsident" diesen Titel nicht mehr führt, da er ja zukünftig Belange des Naturschutzes und der Forstwirtschaft gleichberechtigt vertreten solle.

Gisela Splett: Naturschutz in der Kulturlandschaft von Mittelkürzungen bedroht – 2.6.06

Die auf dem EU-Finanzgipfel im vergangenen Jahr beschlossene Kürzung der Mittel für die ländliche Entwicklung wird für Baden-Württemberg wohl drastische Konsequenzen haben. Während Bundesländer wie Niedersachsen, die bislang kaum Geld in Agrarumweltprogramme gesteckt haben, gut weg kommen, haben die baden-württembergischen Landwirte starke Einschnitte bei den Förderprogrammen für Land- und Forstwirtschaft zu erwarten.

Mit großer Sorge, so die naturschutzpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Gisela Splett, wird diese Entwicklung von Seiten des Naturschutzes beobachtet. Auf dem Deutschen Naturschutztag, der seit Montag in Bonn stattfindet, wurde einerseits das Jubiläum "100 Jahre Naturschutz als Staatsaufgabe" gefeiert.

Splett: *"Doch schon bald nach dem Festakt, bei dem sich auch Kanzlerin Merkel zum Naturschutz bekannte, wurde deutlich,*

wie es wirklich um den Naturschutz in Deutschland bestellt ist: Neben der Föderalismusreform und Verwaltungsreformen zu Lasten des Naturschutzes werden die Einschnitte bei den EU-Mitteln als eines der drei großen Problemfelder gesehen. Man hat die Mittel für Agrarumweltprogramme und Naturschutz drastisch gekürzt und gleichzeitig an den hohen Direktzahlungen, die vor allem großen Betrieben zugute kommen, festgehalten."

Auf der Strecke geblieben seien dabei auch die für das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 benötigten Mittel. *"Für diesen Bereich brauchen wir dringend mehr Geld"*, betont Naturschutzpolitikerin Splett. *"Nur dann können Nutzungsausfälle oder -beschränkungen in FFH-Gebieten wie von der Landesregierung versprochen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes ausgeglichen werden. Das ist zum einen eine Frage der landwirtschaftlichen Einkommen, es ist*

aber auch eine Frage der Akzeptanz für den Naturschutz." Und auch in den Gebieten und Projekten, bei denen Naturschutz und Landwirtschaft besonders eng zusammen arbeiten, wie z.B. in den Naturparks, bei PLENUM und "Regionen aktiv", müssen negative Auswirkungen der EU-Mittelkürzungen nach Ansicht der Grünen unbedingt vermieden werden.

Die Grünen sehen Handlungsspielraum zum einen bei der Ausgestaltung der zukünftigen Förderprogramme auf Landesebene. Splett: *"Hier fordern wir eine starke Gewichtung des Natur- und Umweltschutzes."*

Zum anderen fordert die Naturschutzpolitikerin Gisela Splett, dass sich das Land für die so genannte "fakultative Modulation", eine Umschichtung von Mitteln von 1. in die 2. Säule der Agrarpolitik einsetzt. *"Hiervon würden viele landwirtschaftliche Betriebe in Baden-Württemberg und die Natur profitieren."*

18.5.2006

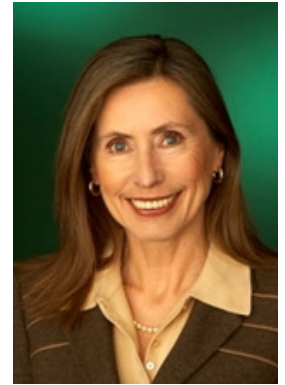
Grüne: Neuzuschnitte der Schulbezirke bewirkt nur marginale Änderung der Zusammensetzung von Schülern

Den Vorschlag von Ministerialdirektor Halder, die Migrantenquote von Migrantenkindern an den Grund- und Hauptschulen durch einen Neuzuschnitt der Schulbezirke verändern zu wollen, zeigt nach Auffassung der schulpolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag Renate Rastätter, dass vom Vorschlag des Ministers der Verschickung von Migrantenkindern an andere Schulen bereits am nächsten Tag wieder

abgerückt wurde. „Die einzige Kontinuität in der Bildungspolitik der Landesregierung ist zurzeit der tägliche Zickzackkurs.“

Schulbezirkszuschnitte könnten nur marginale Änderungen in der Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler bewirken, für eine generelle Lösung sei es ein völlig untaugliches Mittel und schon gar keine ‚optimale Lösung‘. Rastätter: „Wir brauchen eine umfassende Förderung der

Sprachkompetenz auch in den Grund- und Hauptschulen, nicht nur im Kindergarten, und einen gut strukturierten systematischen Sprachunterricht für Migrantenkinder. Alles andere ist ein Herumdoktern an Symptomen.“



Renate Rastätter

12.6.2006

Grüne: Sitzenbleiben pädagogisch unsinnig

Renate Rastätter: Benötigte Lehrerstellen stattdessen für gezielte Fördermaßnahmen verwenden

Die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Renate Rastätter plädierte für eine ersatzlose Streichung der Versetzungsordnung in Baden-Württemberg.

Sitzenbleiben, so die grüne Schulexpertin, sei pädagogisch

sinnlos und erzeuge Angst, Beschämung und Entmutigung. Allein für die Sitzenbleiber würden in Baden-Württemberg rund 1000 Lehrerstellen benötigt. Es wäre sinnvoller, diese Stellen für eine wirksame und gezielte Förderung der Kinder einzusetzen, wenn Lern- und Leistungsproble-

me sichtbar werden. Rastätter: „Bereits in der Grundschule brauchen wir für diese gezielten Fördermaßnahmen pädagogisches Personal wie Sonderpädagogen und Förderlehrer, statt Kindern mit einer Disziplinierungsmaßnahme wie Sitzenbleiben zu drohen.“



Aus der LAG FrauenPolitik

Rassistische und Sexistische Werbung in HörZu

Wir sind Deutschland: das Land der Toleranz, der Demokratie und der Gleichberechtigung. Oder etwa nicht?

Es könnte so sein, wenn nicht diese hässlichen kleinen Auswüchse immer wieder durchkämen: immer wieder die Neonazis, und heute die neueste HörZu Werbung.

Womit HörZu wahrscheinlich nicht gerechnet hat: Die grünen Frauen-Netzwerke funktionieren sehr gut. Vor einigen Tagen schickte Almuth Dinkelaker (KV Baden-Baden) nebenstehende Anzeige mit der Bitte, den Deutschen Werberat einzuschalten, was wir getan haben: HörZu hat eine Rüge erhalten und versprochen, die Anzeige nicht mehr zu schalten. Damit gibt es keinen weiteren Handlungsansatz für den Deutschen Werberat.

Zeitgleich kam ein Aufruf von Sabine Bangert aus der Bundestagsfraktion mit der Bitte, einen Leserbrief an HörZu zu schreiben. Hier ein Auszug aus dem Briefwechsel der LAG FrauenPolitik



An die HörZu Redaktion:

Mach keine Kompromisse, weißer Mann - nimm dir ein Tellerlippennegerweibchen

Die Botschaft mit der HörZu um neue Käufer buhlt, ist an Peinlichkeit kaum zu unterbieten. Man könnte es unfreiwillige Komik nennen, doch irgendwie bleibt einem das Lachen im Halse stecken.

Auch HörZu ist anscheinend stecken geblieben: nämlich im Werbemief vergangener Zeiten, als der Sarottimohr unwidersprochen über den Bildschirm flimmerte, der Dickmann noch Negerkuss hieß und es einfach nur "teurer war, einen besonderen Geschmack zu haben".

Aber auch wenn HörZu für viele längst zum Kultinventar der Pril-

Blümchen Dekade gehört, fragt man sich, was Ihr Vergleich dieser eher biedereren Programmzeitschrift mit einer attraktiven Afrikanerin bezwecken soll. Vielleicht verkörpert er die Altherrenräume Ihrer Werber: Kompromisslos und entschlossen nimmt der weiße Mann eine neue Zeitschrift oder eben das Tellerlippennegerweibchen. Der überwiegenden Zahl der Männer nötigt die Anzeige heutzutage wahrscheinlich eher ein peinlich gequältes Lächeln ab.

Eine Programmzeitschrift sollte aktuell sein - doch die aktuellen Debatten in Deutschland über

Rassismus, afrikanisches Flüchtlingseleid und Zwangsprostitution sind an den unbekümmerten Werbestrategen Ihres Blattes ganz offensichtlich vorbeigerauscht.

Oder ist das Ganze Kalkül, der letzte Versuch sozusagen? Der Versuch nämlich, mit Hilfe von aufgebrauchten Frauen- und MenschenrechtlerInnen Publicity zu erreichen? Wenn dem so wäre, dann gehörte HörZu endgültig in den Papiermüll der deutschen Blattgeschichte.

Ulrike Maier
Sprecherin LAG Frauenpolitik

Hier die Antwort von HörZu Leserbriefe:

Sehr geehrte Frau Maier,
vielen Dank für Ihre E-Mail. Wir bedauern, daß Ihnen unsere Werbekampagne nicht gefällt und sie offenbar Werten, die Ihnen wichtig sind, nicht entspricht.

Wir sehen es als durchaus positiv an, daß Sie sich kritisch mit unserer Werbung auseinandersetzen. Als modernes Medium und Europas größte wöchentliche Zeitschrift sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, wichtige Themen der Diskussion zu stellen und zum Denken anzuregen. Und daß es dabei kontroverse Meinungen gibt, ist nicht nur natürlich, sondern auch wichtig für lebendigen, engagierten Journalismus.

Diese Offenheit, die Bereitschaft zur Diskussion und zum Dialog mit Ihnen, unseren Lesern, ist auch die Botschaft unserer Werbekampagne. Daß wir damit

auch Tabus berühren, war uns sehr bewußt. Aber nicht um Menschen persönlich zu verletzen oder zu diskriminieren, sondern um den Anspruch von HÖRZU auf eine ganz bestimmte Weise zu vermitteln: ohne erhobenen Zeigefinger, ohne Besserwisseri, aber mit einer Portion Augenzwinkern. Das Ergebnis ist natürlich Geschmackssache.

In mehreren Motiven waren ungewöhnliche Paare zu sehen, die sich gefunden haben, obwohl sie nach landläufiger Meinung nicht zusammen passen. Eine Anzeige zeigte eine Katze souverän vereint mit einem Mops auf dem Sofa. So ist auch in dem von Ihnen kritisierten Motiv die Dame eben nicht „irgendwas“, sondern die Frau, für die sich der Mann nach vielen Kompromissen bewußt entschieden hat. Das gleiche gilt natürlich auch umgekehrt für den Mann. Es mag sein, daß viele

von uns so eurozentrische Bilder wie „Weißer Mann kauft schwarze Frau“ im Kopf haben. Dabei sollte man allerdings nicht übersehen, daß das Paar in der Anzeige sich auf Augenhöhe befindet und nicht jede binationale Verbindung die gängigen Klischees bedient.

Darum geht es in unserer Kampagne: Irgendwann nimmt man nicht mehr irgendwas. Der eigene Anspruch, die eigenen Erfahrungen führen dazu, sich bewußt zu entscheiden. Für mehr Qualität, für weniger Kompromisse. Und für eine Programmzeitschrift, die diesem Maßstab gerecht wird. Wir würden uns freuen, wenn die weiteren Motive unserer Werbekampagne Ihre Zustimmung finden.

Mit freundlichen Grüßen
Doris Olbricht, Redaktion
HÖRZU

...und die Rückantwort

Sehr geehrte Frau Olbricht,
Ihr Versuch, besagte Anzeige in wohltemperierten Worten auf etwas zu reduzieren, was sie nicht ist - einen harmlosen Tabubruch, der von Menschen missverstanden wird, denen nicht nur die Dialogbereitschaft abgeht, sondern auch der nötige Sinn für Humor, um das augenzwinkernde daran zu dechiffrieren, ist selbstentlarvend:

Man muss kein Interpretationsgenie sein und es sind auch nicht nur die Menschen, die eurozentrische Bilder im Kopf haben, um die simple Botschaft: weißer

Mann nimmt schwarze Frau weil er es sich leisten kann und will, zu verstehen.

Der erhobene Zeigefinger, den sie ja tunlichst umgehen wollten, wird zu einem zynischen Instrument der Maßregelung des kritischen Betrachters/der kritischen Betrachterin, wenn Sie unterstellen, dass das Schlimme an der Anzeige nicht ihre Botschaft selbst ist, sondern die Klischees, die wir im Kopf haben.

Wo kommen die wohl her, was meinen Sie?

Viel Spaß bei der Interpretation meiner Antwort - und eines kann

ich Ihnen versichern: wir werden sicher nichts auslassen, um diese Anzeige als abschreckendes Negativbeispiel für den unsensiblen und leichtfertigen Umgang mit rassistischen und sexistischen Motiven hinzustellen. Dieser nette augenzwinkernde Tabubruch bleibt jetzt ziemlich klebrig an HörZu haften.

Viele Grüße

Ulrike Maier

Sprecherin LAG FrauenPolitik
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg

**MdB Sylvia Kotting-Uhl**

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

ich spreche euch heute etwas „fachfremd“ an, aber manche unter euch werden noch wissen, dass auch die Außenpolitik – früher hieß sie bei uns Grünen mal Friedenspolitik – vor meinem Fachpolitikerinnendasein eines meiner vielen Lieblingsthemen war.

Den Einsatz im Kongo EUFOR RD CONGO haben in der letzten Sitzungswoche 9 der im Plenum anwesenden Grünen Abgeordneten abgelehnt. Ich habe zusammen mit 7 dieser Abgeordneten eine gemeinsame Erklärung abgegeben; Christian Ströbele, der zuerst für Unterstützung des Einsatzes war, gab eine eigene ab. Unsere Erklärung begründet die Ablehnung mit der Fehlkonstruktion dieses Einsatzes und zusätzlichen gravierenden Unzulänglichkeiten der Planung im Detail. Wir kritisieren aber neben dem Einsatz selbst auch die Afrikapolitik der Bundesregierung. Die Vereinten Nationen wünschen die Absicherung der Wahlen und Stabilisierung des Landes und der Region - unser Verteidigungsminister aber argumentiert mit dem Zugriff auf Rohstoffe.

Wir sind der Meinung, dass die Fähigkeit des Militärs hier überschätzt wird. Angesichts von etwa 53.000 teils schwer erreichbaren Wahllokalen sollten deutlich mehr als die bisher geplanten 140 zivilen EU-Wahlbeobachter eingesetzt werden, den Wahlbeobachtern Transport- und Kommunikationsmittel für eine effektive Koordinierung ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden, Wahlaufklärungsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher kongolesischer Organisationen und insbesondere die Wahlteilnahme und Kandidatur von Frauen verstärkt unterstützt werden. Das bisherige Engagement bei der Umsetzung des Friedensabkommens von Pretoria sollte ausgebaut und verstetigt werden: beim sog. DDR-Prozess (Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer und Kindersoldaten in die Gesellschaft) und der Sicherheitssektorreform (Polizei, Armee, Aufbau von Zoll- und Grenzpolizei), beim Wiederaufbau von Verkehrsinfrastruktur und administrativen Kapazitäten des Staates, beim Aufbau einer unabhängigen Justiz und Korruptionsbekämpfung sowie bei der Rückgewinnung der staatlichen Kontrolle über die Bodenschätze zugunsten der Bevölkerung.

Ich hatte noch einen zusätzlichen persönlichen Grund, diesen Einsatz abzulehnen, der mit den spezifischen Gegebenheiten im Kongo wenig zu tun hat. Mich stört der schnelle Griff zum Mittel des Militärs grundsätzlich. Mich stört, dass auch uns Grünen inzwischen nichts anderes mehr einfällt, wenn es darum geht in einem Nicht-EU-Land Konflikt lösend einzugreifen. Wir waren schon einmal weiter im Entwickeln von Alternativen und im Hinterfragen der Möglichkeiten von Militär. Vielleicht muss hier die Partei wieder die Initiative ergreifen, wenn die Bundestagsfraktion nach dem „Verlust der Unschuld“ mit den Einsätzen in Kosovo und Afghanistan unter rot-grün zu einer militärkritischen Haltung nicht mehr zurück kann. Unter den bisher gegebenen Bedingungen werde ich militärischen Einsätzen out of area jedenfalls nicht zustimmen.

Mit herzlichen Grüßen

Eure Sylvia Kotting-Uhl

Pressemitteilung vom 02.06.2006

Taurige Ökobilanz zum Umwelttag: Gabriel verschenkt Innovationspotenziale

Anlässlich des Tages der Umwelt am Pfingstmontag erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin:

Die Umweltpolitik der großen Koalition ist eine Politik der verschenkten Möglichkeiten. Ob bei Emissionshandel oder REACH, Föderalismusreform oder Biosprit, der Minister entscheidet jeweils für kurzfristige Profitinteressen der Wirtschaft und Einzelinteressen von Ministerpräsidenten. Der erste Vertreter der Umwelt im Land schert sich zu wenig um die Gesundheit der Menschen und den Schutz der Natur.

schenk gemacht, denn die haben bereits ungeniert den Wert der CO2-Rechte in die Strompreise eingepreist. Die VerbraucherInnen zahlen und Gabriel schweigt dazu.

Stichwort REACH: In der europäischen Chemikalienpolitik werden die Gesundheits- und Umweltinteressen auf dem Altar von Lobbyinteressen der Industrie geopfert. So wird nicht nur der Umwelt- und Gesundheitsschutz entscheidend geschwächt. Verpasst wird auch die Chance, dass sich Unternehmen mit sichereren Chemikalien einen Vorteil im internationalen Wettbewerb verschaffen können. Verlierer sind Umwelt und eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmen diktieren die Politik, unser Minister schweigt. Stichwort Föderalismusreform: Das geplante Abweichungsrecht der Länder öffnet

chen, schweigt der Minister auch hier.

Stichwort Besteuerung von Biotreibstoffen: Die Besteuerung von Biokraftstoffen bedeutet faktisch das Ende von reinen Biokraftstoffen sowie von Mischungen über den gesetzlichen Zwang hinaus. Die Biokraftstoffe werden in die Obhut der Mineralölkonzerne übergeben und eine zukunftsfähige Entwicklung einer regionalen und ökologisch sinnvollen Biokraftstoffvermarktung abgewürgt. Nur die von den Mineralölkonzernen favorisierten synthetischen Biokraftstoffe bleiben weitgehend verschont. Für Klima und Umweltschutz ist diese Entwicklung fatal. Eine wirksame Strategie "Weg vom Öl" sieht anders aus. Und selbst beim Ausstieg aus der Atomindustrie, die der Minister in Interviews in dieser Woche noch als unbeherrschbare Technik geißelt, stehen die Zeichen nach Geheimverhandlungen und angekündigten Anträgen zur Laufzeitverlängerung auf Schmusekurs mit der Atomlobby.



Gemessen an seinen Ambitionen, als Ökologe, Klimaschützer und Innovationsminister der großen Koalition betrachtet zu werden, scheitert Gabriel inzwischen auf ganzer Linie.

Stichwort Emissionshandel: Der NAP II-Entwurf des BMU wird den großen Herausforderungen des Klimaschutzes in keiner Weise gerecht. Anstatt Innovationen zu befördern, wird daraus ein Förderinstrument für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Für die Industrie gibt es keinerlei Anreize für einen Brennstoffwechsel hin zu kohlendioxidarmen und -freien Energieträgern. Ohne die Versteigerung von Zertifikaten wird den Stromkonzernen ein Ge-

einem Wettbewerb um die niedrigsten Umwelt- und Naturschutzstandards Tür und Tor, verursacht Rechts- und Planungsunsicherheit für Wirtschaftsunternehmen, ist nicht europatauglich und macht die Schaffung eines einheitlichen, für alle verbindlichen Umweltgesetzbuches unmöglich – das ist ökologisch, aber auch ökonomisch völliger Unfug. Anstatt aufzuschreien und Vorschläge zur Verbesserung der Reformpläne zu ma-

Eine traurige Ökobilanz, die Gabriel zum Umwelttag vorlegt: allseits verschenkte Innovationschancen und keine substantielle Weiterentwicklung der ökologischen Potenziale in Deutschland.



Pressemitteilung vom 18.05.2006

Föderalismusreform: Änderungen im Umweltrecht zwingend

Anlässlich der bisherigen Ergebnisse der Anhörungen zur Föderalismusreform erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion:

Die weitreichende Kritik an den Koalitionsvorschlägen zur Föderalismusreform im Umweltbereich durch Experten, Verbände und Betroffene – die kritischen Stimmen reichen von BUND über DGB bis BDI – findet sich in den Anhörungen wieder. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Abweichungsgesetzgebung. Die Vertreter des Bundesrates setzen den Argumenten derer, die einen Wettlauf des Umweltrechts nach Unten befürchten keine inhaltlichen Begründungen entgegen, sondern geben ganz offen zu: Es geht um die Stärkung der Landesparlamente, die künftig über Abweichungen

zu entscheiden haben. Das bestätigt, dass das Umweltrecht verschachert wurde. Umweltstandards sind kein

Spielball für Wettbewerb. Die Möglichkeit zu Länderwettbewerb um niedrige Öko-Richtwerte sollte ausgeschlossen sein.

Der Eindruck eines Standards mindernden Länderwettbewerbs wird noch verstärkt, da die abweichungsfesten Bestandteile nicht eindeutig im Gesetzestext dargelegt sind. Die Sachverständigen haben mehrfach unterstrichen, dass kein Begleittext für das Bundesverfassungsgericht meinungsbildend oder entscheidungsrelevant wirkt, sondern allein der Gesetzestext. Rechtsverbindlichkeit hieße, abweichungsfeste Kerne und Grundsätze des Naturschutzes in den

Gesetzestext zu schreiben. Im Ergebnis wird die Abweichungsgesetzgebung zu mehr Rechtsunsicherheit führen und kann erneut Verfassungsstreitigkeiten auslösen. Die Erforderlichkeitsklausel, die im Gesetzentwurf noch beim Abfallrecht beibehalten wird, wird einhellig als schlechtes Mittel angesehen, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufzuteilen. Das Abfallrecht gehört in Bundeshand, sein Vollzug in die Hände der Länder. Die Sachverständige der Grünen, Dr. Cornelia Ziehm von der Deutschen Umwelthilfe, bringt es auf den Punkt: Wir brauchen eine bessere Umweltverwaltung, um die Vollzugsdefizite zu beenden und bundeseinheitliche Standards, um Rechtssicherheit und Klarheit zu garantieren.

BUNDESTAGSABGEORDNETE:

MdB Sylvia Kotting-Uhl (siehe Bundestags-Seiten)

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Lenzstraße 10, 76137 KA
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 Ka, Tel. 96 87 18 6
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiter: **Alexander Mehrbreier**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*) · Tel. 40 32 35

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und **Gabi Schiller**
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr
gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*)
Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe
Tel.: dienstl. 40 94 -296 · privat 40 32 35

Bettina Lisbach (*stellvertretende Fraktionssprecherin*)
(Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

Dr. Hildegund Brandenburg (Bauen, Kultur)
Badenerstr. 21 76227 Karlsruhe Tel. 42 89 8

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt
(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)
Friedrichstr. 67 76229 Karlsruhe Tel. 48 20 38

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)
Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

Dr. Gisela Splett (Stadtentw., Verwaltung, Finanzen, Natur-, Tierschutz) Breslauer Str. 43d, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)
Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst
Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz
Hildebrandstr. 31a, 76227 Karlsruhe, Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19, 76229 KA, Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Dr. Ute Leidig
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Büro

Christian Brugger (Soziales, Bürgerrechte, Tierschutz, Wirtschaft), Markgrafenstr. 52, 76133 KA, Tel. 0178-5562861

Michael Gast, Karlstr. 93, 76137 KA, Tel. 9 37 40 43

Sabine Just-Höpfinger (Umweltschutz, erneuerbare Energien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

Thomas Krause (Kassierer), Welschneureuter Str. 23, 76149 KA, Tel. 78 14 82

Tanja Saini (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz), Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

Anke Weidlich (Energie, Wirtschaft, Hochschule), Hirschstr. 25, 76133 KA, Tel. 17 47 86 5

AK FRAUEN:

Dorothea Polle-Holl · Tel. 57 41 48

AK Lesben und Schwule:

Treffen jeden 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr im Grünen Büro
Kontakt: **Michael Gast**, Tel. 937 40 43

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Martin Pötzsche, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

Tanja Saini, Reichenbachstr.12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

Wolfgang Semmler, Bienleinstorstr. 37, 76227, Tel. 406252

Gerhard Stolz (*Kasse*) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel: 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerweg 31, 76199 KA, Tel: 83 02 28 1

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 Karlsruhe, Tel: 88 34 01